

Medienunterlage für die Medieninformation vom 8.9.2014

SPERRFRIST MONTAG, 8.9.2014, 12.00 UHR

Tiermast mit importiertem Futter gehört in die Industrie- und nicht in die Landwirtschaftszone

Die Schweiz kann ihre Tiere zur Milch- und Fleischproduktion schon lange nicht mehr selber ernähren. Hohe Futtermittelimporte und vielfältige Umweltprobleme durch Nährstoffüberschüsse und Stickstoffemissionen sind die Folge.

Obschon diese Entwicklung den agrarpolitischen Zielsetzungen klar widerspricht, geht sie ungebrems weiter. Laufend werden weitere Ställe ohne eigene Futterbasis bewilligt und oft mit öffentlichen Mitteln unterstützt. Ein regelrechter Boom herrscht derzeit bei neuen Pouletmasthallen, die in einigen Regionen wie Pilze aus dem Landwirtschaftsboden schießen.

Ein Grossteil dieser Ställe wird in die freie Landschaft und auf Fruchtfolgeflächen gebaut. Damit ist diese Entwicklung auch raumplanerisch inakzeptabel. Tiermast ohne eigene Futterbasis ist keine landwirtschaftliche, sondern eine industrielle Produktion. Sie gehört entsprechend nicht in die Landwirtschaftszone, sondern soll auf ausgeschiedene Industriezonen beschränkt bleiben. Die Revision des Raumplanungsgesetzes muss die dringend nötige Weichenstellung vornehmen.

Hintergrund

Die Förderung der teilweise oder ganz bodenunabhängigen, nicht standortgemässen Tierproduktion durch Bund und Kantone steht in mehrfachem Widerspruch zu übergeordneten politischen und gesetzlichen Vorgaben – so zur Raumplanung, zu den Umweltzielen Landwirtschaft, aber auch zu den landwirtschaftlichen Verfassungszielen einer nachhaltigen, bäuerlichen Produktion. Der Boom neuer Stallbauten ohne genügende betriebliche Futterbasis darf nicht weiter mit Steuergeldern und Privilegien gefördert werden.

Seit Jahrzehnten werden Stallbauten im Landwirtschaftsgebiet bewilligt und zudem oft mit staatlichen Mitteln gefördert, auch wenn dafür die Futterbasis auf dem betreffenden Landwirtschaftsbetrieb fehlt. Als Folge davon haben Futtermittelimporte in die Schweiz immer grössere Ausmasse angenommen und vor kurzem die Grenze von einer Million Tonnen jährlich überschritten. Heute „bewirtschaftet“ die Schweiz im Ausland, vor allem in Südamerika, Ackerflächen, die gleich gross sind wie die Ackerfläche der Schweiz, um die hiesigen überhöhten Tierbestände füttern zu können. Dies führt nicht nur zu vielfältigen Umweltproblemen. Belüftete Seen, Gülletransporte durch die halbe Schweiz, oder Ammoniakemissionen, die europaweit zu den höchsten zählen und die bei empfindlichen Ökosystemen wie Wäldern, Mooren oder irreversible Schäden hinterlassen, sind nur drei Beispiele. Die Umweltbelastung dieser Entwicklung steht klar im Widerspruch zu den Umweltzielen der Schweizer Agrarpolitik (UZL). Auch raumplanerisch ist der Stallbauboom widersinnig, weil damit wertvolle Fruchtfolgeflächen zugebaut und zusätzliche Bauten in der freien Landschaft ausserhalb der Bauzone gefördert werden.

Vorgelagerte Industrie als treibende Kraft

Über viele Jahre betraf der Boom neuer Ställe vor allem die Schweineproduktion. Unzählige Schweineställe entstanden in der Landwirtschaftszone, deren Tiere ausschliesslich durch auf den Betrieb importiertes Futter gefüttert werden und deren Jauche auf den betriebseigenen Flächen gar nicht verwertet werden kann, sondern oft über weite Distanzen wegtransportiert werden muss. Seit der Schweinemarkt in der Schweiz gesättigt ist, setzt die Branche auf neue, grosse Milchviehställe, vor allem aber auch auf neue Ställe für die Pouletmast und Eierproduktion.

Die wichtigste treibende Kraft hinter diesen Bauten ist die sogenannte vorgelagerte Industrie – Firmen also, welche beispielsweise das Futter liefern oder die Ställe bauen. Mit jedem neuen Stall, der auf Futtermittelimporte angewiesen ist, sichert sich die Futtermittelbranche langfristig zusätzlichen Absatz. Dabei geht es um viel Geld: Der Zukauf von Futtermitteln bei UFA & Co stellt mit gut 1,5 Milliarden Franken jährlich den weitaus grössten Ausgabeposten der Schweizer Bauernfamilien dar (s. Grafik unten). Jeder zusätzliche Stall ist für das Geschäft der Futtermittelindustrie Gold wert.

Vor allem grosse Hühnermasthallen schiessen derzeit in einigen Regionen wie Pilze aus dem Boden. Dadurch kommen immer mehr industrielle Bauten, welche nichts mit einer bodengebundenen Landwirtschaft zu tun haben, in die freie Landschaft zu stehen. Nicht minder problematisch sind überdimensionierte, auf Futterzukäufe angewiesene Kuhställe.

Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu raumplanerischen Zielen, belastet die Umwelt, führt zum Verlust von Kulturland und nicht zuletzt auch zu einer innerlandwirtschaftlichen Konkurrenzierung der standortgerechten, bodenabhängigen Tierproduktion.

Fehlende gesetzliche Basis auf Bundesebene

Obwohl die Problematik dieser Entwicklung von den meisten kantonalen Behörden erkannt wird, fehlt ihnen fast immer die Handhabe, Bewilligungen von Gesuchen zu verweigern. Der Grund liegt in einer mangelhaften Gesetzgebung auf Bundesebene. Die gegenwärtige Gesetzgebung behandelt Tierproduktion auch dann als landwirtschaftliche Produktion, wenn dafür keine genügende oder gar keine betriebliche Futterbasis besteht, die Produktion also teilweise oder ganz auf importierten Futtermitteln basiert. Dadurch profitiert die bodenunabhängige und damit nicht-landwirtschaftliche Tierproduktion von all den vielfältigen Förderungen durch die öffentliche Hand, als ob es sich um eine landwirtschaftliche Primärproduktion handeln würde. Zu diesen öffentlichen Förderungen gehören Investitionskredite, Starthilfen oder Direktzahlungen für bestimmte Tierhaltungsformen. Zudem profitieren solche Bauvorhaben von günstigen Bodenpreisen, da sie quasi à discrétion Nicht-Bauland nutzen können.

Trotz einiger gesetzlicher Beschränkungen sind de facto heute selbst Bauten für eine gänzlich bodenunabhängige Tierproduktion in der Landwirtschaftszone praktisch uneingeschränkt möglich – so über die Ausscheidung von Intensivlandwirtschaftszonen, über findige Berechnungsweisen der sehr flexiblen Futterbilanz, oder indem die Halle neben einen vorher bewilligten kleineren Stall gebaut wird.

Vielfältige Folgeprobleme

Die Erhöhung der Tierproduktion über die regionale Futterbasis hinaus hat zu vielfältigen Folgeproblemen geführt und ist einer der wichtigsten Gründe, dass

agrarpolitische und Umweltzielsetzungen nicht erreicht werden. Diese Entwicklung bürdet der öffentlichen Hand zudem oft hohe Folgekosten auf. Ein Beispiel für millionenteure Folgekosten ist die Belüftung einiger Mittellandseen wie des Baldeggersees als Folge der Phosphatüberschüsse, welche aus den hohen Futterzukaufen und den dadurch entstehenden überschüssigen Hofdüngern entstehen.

Nicht zuletzt stellt die Produktion auf Basis importierter Futtermittel eine innerlandwirtschaftliche Konkurrenz dar, die den meisten Bauern bisher kaum bewusst zu sein scheint. Die tiefen Milchpreise sind eine direkte Folge des gestiegenen Kraftfuttereinsatzes in der Milchproduktion, aber auch im Fleischmarkt werden die Preise gedrückt durch jede Kilogramm Fleisch, das durch Importfutter zusätzlich produziert wird. Das kann nicht im Interesse einer bäuerlichen, standortgerechten Landwirtschaft.

Raumplanungsgesetz braucht Zähne

Das Ausmass, welches die nicht standortgemässe Tierproduktion in der Schweiz mittlerweile erreicht hat, spiegelt sich beispielsweise darin, dass unser Land europaweit die dritthöchsten Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung aufweist. Als starkes Umweltgift ist Ammoniak für die Schädigung zahlreicher empfindlicher Ökosysteme wie Wälder oder Moore verantwortlich.

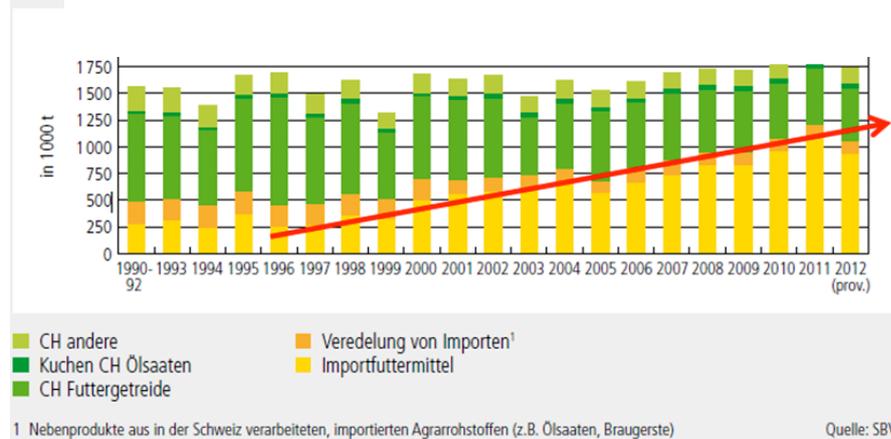
Dennoch haben in jüngster Zeit die Bewilligungen neuer Stallbauten weiter zugenommen, insbesondere im Bereich der lukrativen Hühnerproduktion, aber auch von überdimensionierten Rinderställen, die auf importiertes Futter angewiesen sind. Im Zuge der Revision des Raumplanungsgesetzes ist eine Anpassung unumgänglich, um diese Entwicklung zu stoppen. Tiermast ohne eigene Futterbasis ist keine landwirtschaftliche, sondern eine industrielle Produktion. Sie soll nicht verboten, aber eingeschränkt werden auf diejenigen Zonen, die für eine solche Produktion raumplanerisch ausgeschieden worden sind: Industrie- und Gewerbebezonen.

Von einer solchen Lösung profitiert auch die bäuerliche Landwirtschaft: Ihr bleibt mehr Kulturland erhalten, und die preisdrückenden Konkurrenz durch eine importbasierte, nicht mehr eigentlich landwirtschaftliche Milch- und Fleischproduktion wird zumindest nicht mehr weiter gefördert.

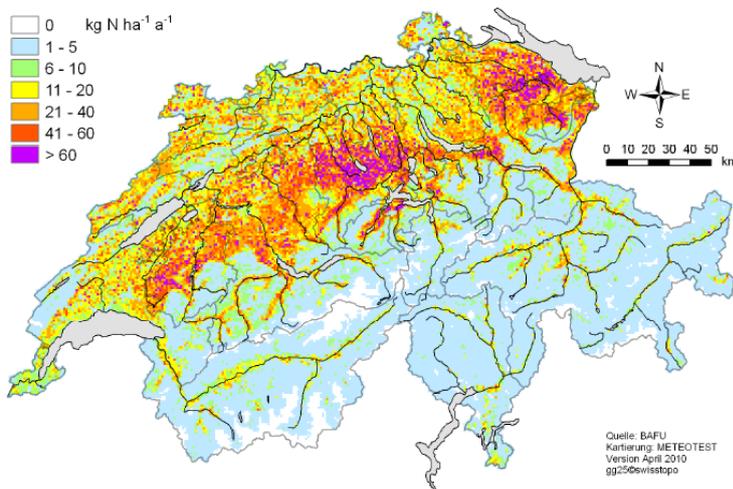
VL 1.9.2014/ab

Grafiken und Abbildungen

Entwicklung des Kraftfutterverbrauchs **Zunehmender Kraftfutter-Import**



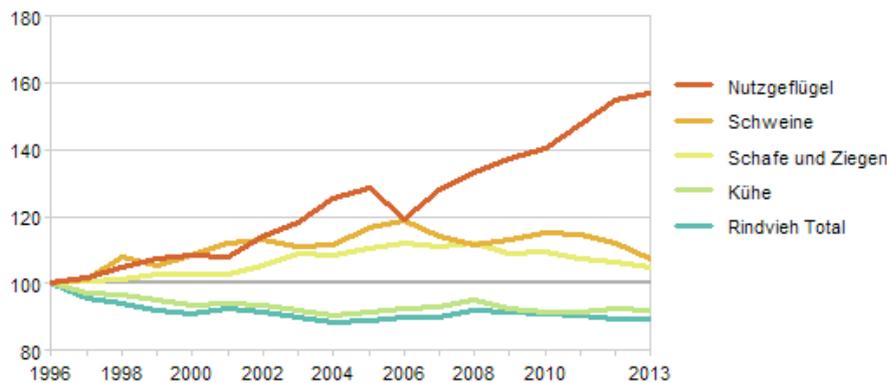
Der Import von Kraftfutter in die Schweiz nimmt laufend zu und hat 2010 erstmals die Millionen-Tonnen-Grenze überschritten. Quelle: Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) / Schweizer Bauernverband 2013.



Verteilung der Ammoniakemissionen 2007. Die Schweiz weist europaweit die dritthöchsten Ammoniak-Emissionen auf. Die Emissionen konzentrieren sich auf Regionen mit stark überhöhten Tierbeständen, sind aber schweizweit deutlich zu hoch. Ammoniak ist ein tückisches Umweltgift, das empfindliche Ökosysteme wie Wälder oder artenreiche Wiesen nachhaltig schädigt. Gemäss den agrarpolitischen „Umweltzielen Landwirtschaft“ müssen die Ammoniakemissionen auf 25'000 t/J und damit rund die Hälfte der gegenwertigen Emissionen reduziert werden. Quelle: Bundesamt für Umwelt (BAFU) 2010.

Entwicklung der Nutztierbestände

Index 100 = 1996



Quelle: BFS – Landwirtschaftliche Betriebsstrukturerhebung

© BFS, Neuchâtel 2014

Entwicklung der Nutztierbestände in der Schweiz (Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS) 2014). Bis 2006 nahmen vor allem die Schweinebestände weiter zu. Seit der Schweinemarkt gesättigt ist und mit regelmässiger Überproduktion und Preiszusammenbrüchen kämpft, wird von interessierten Firmen und selbst von staatlichen landwirtschaftlichen Stellen der Ausbau der Eier- und Pouletproduktion aktiv gefördert – mit Erfolg: Die Geflügelbestände, die fast vollständig von Importfutter abhängen, nehmen seither stark zu – allein seit 2006 um fast 40%. Die Zunahme von bodenunabhängigen Geflügelhallen in der Landwirtschaftszone verläuft parallel dazu, Statistiken zu den Stallbauten ausserhalb der Bauzone existieren gemäss Auskünfte von Bundes- und Kantonsstellen erstaunlicherweise keine.



QUELLE: BFS, 2012; GRAFIK: Monika Mullis/SCHWEIZER BAUER

Von den 6,3 Milliarden Franken, welche die Schweizer Landwirtschaft derzeit für Vorleistungen ausgibt, stellt der Kauf von Futtermitteln mit 1534 Millionen Franken pro Jahr den weitaus grössten Posten dar. Daten 2012, Quelle BFS/Schweizer Bauer 2013.



Drei Beispiele neuer bodenunabhängiger Tiermasthallen im Umkreis weniger Kilometer in der freien Landschaft des Aargauer Reusstals. Der eine der abgebildeten Hallen wurde 2011 nach einer eigens für dieses Vorhaben realisierten Umzonung einer ehemaligen Landschaftsschutzzone in eine Intensivlandwirtschaftszone erstellt, alle drei zudem auf Fruchtfolgeflächen.

Für die zahlreichen Finessen bezüglich Tierwohl und Effizienz wurde dieser Schweinezuchtstall mit dem Landwirtschaftlichen Innovationspreis ausgezeichnet.



Mit Krediten, Expertisen und „Innovationspreisen“ fördern selbst kantonale Stellen Investitionen in solche Stallbauten. Das Bild stammt aus dem Jahresbericht 2012 der Aargauischen Landwirtschaftlichen Kreditkasse ALK, welche hauptsächlich durch Bund und Kanton finanziert wird. Seit 2012 vergibt die ALK neu auch zinslose Darlehen für „Innere Aufstockung bei Hofdüngerwegfahren“ – also für den Bau bodenunabhängiger Hühner- und Schweinemastställe auf Betrieben, welche die anfallenden Hofdünger wegführen müssen. Gemäss Jahresbericht 2013 stiess dieses Angebot, das zu anderen, bereits bestehenden Investitionshilfen dazu kommt, „auf gute Resonanz“.